

Bundestagswahl 2005 - Politikinhalt der Parteien






					
ARBEITSMARKT	<p>Die SPD hält an Hartz IV fest, kündigt aber eine Korrektur an: Gleiche Regelsätze beim Arbeitslosengeld II in Ost und West. Die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für Ältere wird außerdem um zwei Jahre verschoben. Tarifpartner sollen bundesweit einheitliche tarifliche Mindestlöhne vereinbaren, sonst erfolgt eine gesetzliche Regelung. Bei Kündigungsschutz und Mitbestimmung keine Änderung</p>	<p>Für Neueinstellungen fällt der Kündigungsschutz in Betrieben bis zu 20 Mitarbeitern weg, in anderen wird er erst nach zwei Jahren wirksam. In betrieblichen Bündnissen können Abweichungen bei Arbeitszeiten und Löhnen vereinbart werden. Langzeitarbeitslose können zwei Jahre lang zehn Prozent unter Tarif beschäftigt werden. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen von 6,5 auf 4,5 Prozent sinken, finanziert durch eine höhere Mehrwertsteuer und Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik. Die Ich-AG's werden abgeschafft. Für einfache, schlecht bezahlte Tätigkeiten sollen Kombilöhne eingeführt werden.</p>	<p>Gleiche Regelsätze von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II in Ost und West. Sie sollen angehoben und regelmäßig an die Teuerungsrate angepasst werden. Die Hartz-Gesetze sollen verbessert werden: durch gleiche Sätze in West und Ost, eine stärkere Entkoppelung der Hilfe vom Partnereinkommen, eine stärkere Freistellung von Altersvermögen und Zugang zur aktiven Arbeitsmarktförderung für Nicht-Leistungsbezieher. Nach Regionen und Branchen differenzierter Mindestlohn. Wo es keine Tarifverträge soll ein gesetzlicher Mindestlohn festgesetzt werden. Für niedrige Einkommen Zuschüsse zu den Lohnnebenkosten.</p>	<p>Begrenzung des ALG I auf zwölf Monate. Die Bundesagentur für Arbeit soll weitgehend aufgelöst werden und nur noch für die Auszahlung der Leistungen und die überregionale Stellenvermittlung zuständig sein. Kündigungsschutz nur noch in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten nach vier Jahren. Ein-Euro-Jobs und Ich-AG's werden abgeschafft.</p>	<p>Hartz IV wird rückgängig gemacht. Ausweitung des Kündigungsschutzes und der Mitbestimmung. Gesetzlicher Mindestlohn von 1400 Euro. Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden.</p>

Bundestagswahl 2005 - Politikinhalt der Parteien


					
<p>STEUERN UND FINANZEN</p>	<p>Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Um drei Punkte höhere Einkommensteuer für Spitzenverdiener. Senkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 19 Prozent, einheitliche Besteuerung von Kapital- und Personengesellschaften. Große Erbschaften sollen stärker besteuert werden, bei kleineren Betrieben wird die Erbschaftsteuer erlassen, wenn das Unternehmen erhalten wird. In Europa wird eine Mindestbesteuerung von Unternehmen angestrebt. Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge bleiben steuerfrei.</p>	<p>Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 2006 von 16 auf 18 Prozent. Der Spitzensteuersatz sinkt von 42 auf 39 Prozent, der Eingangsteuersatz von 15 auf 12. Vergünstigungen wie die Steuerfreiheit von Nacht- und Feiertagszuschlägen und die Eigenheimzulage fallen weg. Die Pendlerpauschale wird von 30 auf 25 Cent pro Kilometer gekürzt. Steuersparmodelle durch Fonds (Schiffe, Medien, Windkraft) werden abgeschafft. Auf Kapitaleinkünfte gibt es eine Abgeltungssteuer, doch niemand will bisher sagen, was die Union unter „Kapitaleinkünfte“ fassen will. Die Körperschaftsteuer sinkt von 25 auf 22 Prozent. Beteiligungsverkäufe von Kapitalgesellschaften werden höher versteuert.</p>	<p>Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Der Spitzensteuersatz für Privateinkommen soll von 42 auf 45 Prozent steigen, das Ehegattensplitting wird abgeschmolzen. Deutsche im Ausland sollen Einkommensteuer zahlen. Pendlerpauschale, Eigenheimzulage, Agrar- und Kohlesubventionen sollen abgebaut, Steuerflucht und -betrug bekämpft werden. Einer Vermögenssteuer stehen die Grünen offen gegenüber. Die Ökosteuern sollen von Ausnahmen befreit, die Mineralölsteuer aber nicht erhöht werden.</p>	<p>Umfangreiche Steuerreform, zunächst Drei-Stufen-Modell (15, 25, 35%), gegenfinanziert ohne Steuererhöhungen. Bürger und Unternehmen sollen um 17 bis 19 Milliarden Euro entlastet werden. Einsparungen im Bundeshaushalt sowie der Abbau steuerlicher Ausnahmen und Vergünstigungen sollen im Gegenzug bis zu 36 Milliarden Euro einbringen. Gewerbesteuer wird abgeschafft, Subventionen linear um 20 Prozent gekürzt. Die von der FDP beabsichtigte Einführung einer Abgeltungssteuer würde große Veränderungen mit sich bringen. Für große Kapitalanleger wäre sie deutlich attraktiver, da sie niedriger wäre als der Spitzensteuersatz, während für die Kleinanleger der Sparerfreibetrag ersatzlos entfällt.</p>	<p>Das steuerpolitische Konzept der PDS und der WASG steht noch nicht fest. Die Steuern für Geringverdiener (12.000 Euro Jahreseinkommen) sollen auf 15 Prozent sinken, die für Spitzenverdiener (ab 60.000 Euro) auf 50 Prozent steigen. Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Kapitaleinkünfte sollen mit einer Quellensteuer von pauschal 50 Prozent belastet werden. Der Solizuschlag sinkt pro Kind um ein Prozent. Feiertags- und Nachtzuschläge sollen weiter steuerfrei bleiben. Körperschaftssteuer von 15 bis 35 Prozent, Steuerpflicht für Veräußerungsgewinne und Dividenden. Das Ehegattensplitting wird abgeschafft. Bis auf die Pendlerpauschale sollen alle Steuervergünstigungen gestrichen werden.</p>

(Quellen: Der Tagesspiegel, Handelsblatt, Berliner Zeitung, FAZ)

Bundestagswahl 2005 - Politikinhalt der Parteien




					
SOZIALES UND FAMILIE	<p>Die SPD fordert eine Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, in die Arbeitnehmer, Selbstständige und Beamte Beiträge auf Lohn und Kapitaleinkünfte zahlen. Die Frühverrentung soll gestoppt werden und mehr Menschen sollen bis zum Alter von 65 Jahren arbeiten. Das Erziehungsgeld wird in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion umgewandelt. Bis 2010 soll es einen Anspruch auf Kinderbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr geben, Kitas sollen gebührenfrei sein. Der Kinderzuschlag für Geringverdiener wird erweitert und Familienleistungen in einer Kasse gebündelt.</p>	<p>Die Union will in der gesetzlichen Krankenversicherung die jetzigen Beiträge durch eine vom Einkommen unabhängige Gesundheitsprämie ersetzen. Die Kinderprämien werden aus Steuergeldern finanziert. Die Pflegeversicherung soll durch kapitalgedeckte Elemente ergänzt werden. In Zukunft soll, wer Kinder hat, die nach dem 1. Januar 2007 geboren und jünger als zwölf Jahre sind, beim Rentenbeitrag einen Bonus von 50 Euro monatlich erhalten. In der Einkommensteuer gibt es Freibeträge von 8.000 Euro pro Familienmitglied.</p>	<p>Alle sollen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit für Krankenversicherung und Pflege einzahlen. Die Beitragsparität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern soll bleiben. Die Beitragsbemessungsgrenze soll maßvoll angehoben werden. Bei der Rente soll die ergänzende private Vorsorge weiter gefördert werden. Die Grünen wollen einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung vom ersten Lebensjahr an und mittelfristig ein kostenfreies Vorschuljahr.</p>	<p>Die Liberalen wollen die gesetzliche Krankenversicherung in der jetzigen Form abschaffen. Jeder soll sich privat versichern. Allerdings sollen Personen, bei denen eine bestimmte Belastung überschritten wird, ein steuerfinanziertes Bürgergeld erhalten. Das Pflegerisiko soll auch privat abgesichert werden. Der steuerliche Grundfreibetrag für Kinder soll deutlich erhöht, das Kindergeld auf 200 Euro pro Kind angehoben werden. So soll die ungleiche Förderung von Familien mit höherem und niedrigerem Einkommen abgebaut werden. Der Kindergartenplatz -halbtags für Kinder vom 3. Geburtstag bis zur Einschulung oder Startklasse -soll beitragsfrei sein.</p>	<p>Die PDS will eine Bürgerversicherung, bei der in einem ersten Schritt die Einkommensgrenze, bis zu der Beiträge gezahlt werden, auf 5100 Euro angehoben wird. Die PDS will die Anhebung des Kindergelds auf zunächst 210 Euro. Bedürftige Eltern erhalten mehr Kindergeld, das nicht auf andere Leistungen angerechnet wird. Kinder jeden Alters haben einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kita.</p>

Bundestagswahl 2005 - Politikinhalt der Parteien

					
UMWELT UND ENERGIE	Fortsetzung des Atomausstiegs und Ausbau der erneuerbaren Energien. Subventionierung der Kohle wird beibehalten. Stärkere Förderung der Gebäudesanierung. Das Umweltrecht soll in einem Umweltgesetzbuch zusammengefasst und „entrümpelt“ werden. Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.	Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken, als Folge Senkung der Strompreise. Die Subventionen für erneuerbare Energie sollen sinken, aber der Ausbau grundsätzlich weiter gefördert werden. Die Union setzt auf Programme zur Gebäudesanierung, um Energie einzusparen. Die Union will die Klimaschutzvereinbarungen aus dem Kyoto-Protokoll ausbauen.	Bis 2020 sollen jeweils ein Viertel des Strom-, Wärme-, Kraftstoff- und Rohstoffbedarfs aus erneuerbaren Energiequellen kommen. Die Kohlesubventionen sollen bis 2012 abgebaut, der Atomausstieg fortgesetzt werden. Fliegen soll teurer, Bahnfahrten billiger werden.	Die FDP steht zu den Zielen des Kyoto-Protokolls. Förderung von erneuerbaren Energien hält sie für ineffizient und will das Erneuerbare-Energien-Gesetz in der jetzigen Form abschaffen. Sie schließt die weitere Nutzung der Atomkraft aus Klimaschutzgründen nicht aus. Ob sie den Atomkonsens kündigen will, lässt sie offen.	Klimaschutz durch Reduktion von Kohlendioxid-Emissionen. Regulierung des Energie- und Rohstoffverbrauchs mit Hilfe des Steuer- und Abgabensystems. Primärenergiesteuer soll Strom- und Mineralölsteuer ersetzen.
BILDUNG UND FORSCHUNG	Beibehaltung der Bafög-Sätze, leistungsbezogene Besoldung für Professoren und die Juniorprofessur. Für Elite-Unis und ist gegen Studiengebühren für das Erststudium. Bei der Stammzellforschung ist man bereit, über Lockerungen nachzudenken. Ausbau der Ganztagschulen und Bildungsstandards für Kindergärten.	Die Union will Studiengebühren von 500 Euro pro Semester einführen. Statt Eliteuniversitäten sollen Forschungsschwerpunkte gefördert werden. Das Bafög soll erhalten bleiben, bis es einen Markt der Bildungsfinanzierung gibt. Die Union hält am dreigliedrigen Schulsystem fest. Religionsunterricht als ordentliches Schulfach. Bei der Stammzellforschung wird mehrheitlich eine harte Linie vertreten.	Für ein gebührenfreies Erststudium. Elternunabhängiges Bafög. Forschungsschwerpunkte statt Elite-Unis. Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems.	Die FDP will den Hochschulen freistellen, ob und in welcher Höhe sie Gebühren erheben. Das Bafög soll bleiben. Freie Wahl des Studienplatzes. Lockerung des restriktiven Stammzellgesetzes, Ermöglichung des therapeutischen Klonens. Mehr Freiraum für die grüne Gentechnik.	Mehr Ganztagschulen, Abitur nach zwölf Jahren. Erheblich höhere öffentliche Investitionen in Bildung. Keine Studiengebühren. Engere Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen in der Bildung. Ablehnung der Gentechnik.



(Quellen: Der Tagesspiegel, Handelsblatt, Berliner Zeitung, FAZ)

Bundestagswahl 2005 - Politikinhalt der Parteien

					
INNERE SICHERHEIT	Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus kündigt die SPD im Manifest an, auch zukünftig bei Bedrohung mit Gesetzen zur inneren Sicherheit zu reagieren. Präventive Kompetenzen für das Bundeskriminalamt. Verbesserung des Datenaustauschs.	Um terroristische Gefahren abzuwehren, soll die Bundeswehr auch im Inneren eingesetzt werden können. Die Union fordert außerdem eine gemeinsame Anti-Terror-Datei von Polizei- und Nachrichtendiensten sowie mehr Möglichkeiten für die Behörden, Telefonate zu speichern. Das Innenministerium soll künftig für die Visa-Vergabe zuständig sein. DNA-Analyse soll Standard, das Jugendstrafrecht verschärft werden.	Anti-Terror-Gesetze müssen „zielgenau und verhältnismäßig“ sein, es muss eine „Balance zwischen Sicherheit und Freiheit“ geben. Die Gesetze sollen rechtsstaatlich kontrolliert, befristet und laufend überprüft werden. Einen Einsatz der Bundeswehr im Innern und eine Kronzeugenregelung werden abgelehnt. Strikte Beibehaltung der Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten.	Entwicklungsministerium und Außenministerium sollen zusammengelegt werden. Keine Ausweitung der DNA-Tests auf andere als schwere Straftaten. Einschränkung der Telefonüberwachung als Instrument der Verbrechensbekämpfung, Ablehnung des sog. großen Lauschangriffs. Gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren im Antiterrorkampf und die geplante Aufnahme biometrischer Daten in Personalausweise.	Gegen die biometrischen Daten in Pässen, gegen mehr Befugnisse der Polizei- und Geheimdienstbehörden, gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und gegen umfangreiche Telefonüberwachung. Stärkere Beachtung des Datenschutzes und Überprüfungen der sicherheitspolitischen Maßnahmen.
AUSSENPOLITIK	Deutschland soll weltweit Verantwortung übernehmen. Dazu gehört auch, mit den Bündnispartnern von Nato und EU zu militärischen Mitteln zu greifen. Bekenntnis zur EU-Erweiterung und zur Beitrittsperspektive für die Türkei. Reformierung der Vereinten Nationen, Deutschland soll einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat anstreben.	Für eine „privilegierte Partnerschaft“ der Türkei und gegen eine Vollmitgliedschaft in der EU. Wiederbelebung einer engeren Zusammenarbeit mit den USA. Zu Russland mehr Distanz. Gegen einen Sitz im UN-Sicherheitsrat.	Die Bundeswehr soll ausschließlich für die Ziele und nach den Regeln der UN eingesetzt werden. Für eine umfassende UN-Reform. Langfristiges Ziel ist eine gemeinsame ständige Vertretung der EU im UN-Sicherheitsrat. Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern.	Die Schulterchlusspolitik von Kanzler Schröder gegenüber Russland und China sowie die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China werden abgelehnt. Stärkung von EU und transatlantischem Bündnis, keine grundsätzliche Ablehnung einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU.	Ablehnung der EU-Verfassung. Verbot von Rüstungsexporten und Auflösung der NATO. Stärkung der Vereinten Nationen. Keine Kriegseinsätze für die Bundeswehr.

(Quellen: Der Tagesspiegel, Handelsblatt, Berliner Zeitung, FAZ)

Bundestagswahl 2005 - Politikinhalt der Parteien

					
VERTEIDIGUNG	Die SPD steht zur Bundeswehr und zu ihrem Umbau. Aber Vorbehalte gegen Militäreinsätze ohne erkennbar humanitäre Komponente.	CDU und CSU stecken im Dilemma. Im Grunde können sie wenig gegen Strucks Politik einwenden, und was sie einwenden, nicht bezahlen.	In der Theorie fühlen sich die Grünen als Pazifisten, die Wehrpflicht abzuschaffen gehört zu den Forderungen aus Gründungstagen. Praktisch ist seit dem Kosovokonflikt das Prinzip humanitärer Intervention akzeptiert. Stärker als andere pochen die Grünen aber auf Legitimation durch die UN. Skeptischer als andere sehen sie konkrete Rüstungsprojekte.	Abschied von der Wehrpflicht ist auch liberale Forderung. Ansonsten folgt die FDP ihren außenpolitischen Traditionsbeständen: keine militärischen Alleingänge, schon gar nicht ohne UN-Mandat.	Die noch unvereinigte Linke ist sich wohl weitgehend einig: Militär sollte es besser gar nicht geben, aber wenn schon, dann strikt nur zur Verteidigung. Auslandseinsätzen hat die PDS im Bundestag stets die Zustimmung verweigert, die NATO würde sie am liebsten auflösen.